

Neue SPD-Arbeitsgemeinschaft

Am 5. März gründete sich in der Osnabrücker Lagerhalle die SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt für die Region Osnabrück. Als Sprecher*innen wurden Elena Habben, Yasir Sivük und Konstantin Klimenko gewählt. „Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ist ein überfälliger Schritt, wenn wir als Partei auch die Vielfalt der Region repräsentieren wollen“, so Yasir Sivük. Immerhin leben in Stadt und Landkreis Osnabrück über 100.000 Bürger*innen mit Migrationshintergrund. „Diese Menschen haben die gleichen Rechte wie alle anderen. Jedoch wissen viele nicht, was das für Rechte sind und fühlen sich dadurch auch nicht als Mitglied unserer Gesellschaft und dadurch nicht in unserer Mitte aufgenommen“, erklärt Elena Habben, die selbst einen Migrationshintergrund hat und sich als EU-Bürgerin fühlt. „Wichtig ist, dass die



**Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt**

Menschen sich auch hier zuhause – beheimatet – fühlen und dies möchten wir durch die Arbeit in der neuen Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt erreichen. Auf Menschen mit Migrationshintergrund zugehen, zuhören und sich für sie einsetzen“, führt Sivük weiter aus.

Erste Ziele und Aufgaben wurden bereits in gemeinsamer Runde gesammelt und zum Teil bereits beschlossen. So setzte sich die neue Arbeitsgemeinschaft für die Förderung von Sprach- und Integrationskursen ein. Der Austausch mit Behörden soll intensiviert werden, um kulturelle Barrieren zu verringern. Nach der Veranstaltung tauschten sich die über 25 Teilnehmenden in netter Atmosphäre über ihre Erwartungen und Wünsche an die gemeinsame Arbeitsgemeinschaft der SPD Osnabrück-Stadt und Osnabrück-Land aus.



SPD fordert Abschaffung der sachgrundlosen Befristung im Landkreis Osnabrück

Die SPD im Kreisverband Osnabrück-Land hat auf Ihrem letzten Kreisparteitag eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen im Landkreis gefordert. „Anstellungen beim Landkreis oder bei Tochterunternehmen des Landkreises werden nicht mehr sachgrundlos befristet, dafür soll sich die SPD-Kreistagsfraktion schnellstmöglich einsetzen“, so Daniel Schweer, Sprecher der Antragskommission des SPD-Kreisvorstands.

Als Sozialdemokratie verstehe man sich als Verteidigerin von Arbeitnehmer*innen, heißt es weiter in dem Antrag. „Deswegen wollen wir uns in unserem Landkreis stark machen für gute Arbeit und faire

Arbeitsplätze“, unterstreicht der SPD-Kreisvorsitzende Werner Lager.

Weitere Forderungen der SPD in diesem Antrag sind unter anderem die Forderung nach mehr sozialen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Leistungen. Hierzu gehöre an erster Stelle, dass die Tarifbindung potenzieller Auftragnehmer*innen, berücksichtigt wird.

„Soziale Aspekte sind in der Leistungsbeschreibung, bei den Zuschlagskriterien und bei den Ausführungsbedingungen durch den Landkreis zu verankern. Die Entwicklung eines Katalogs von Vergabekriterien im Landkreis ist das Ziel. Hierzu soll die SPD-Fraktion im Kreistag die Verwaltung auffordern. Unternehmen, die gegen das Mindestlohngesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das Arbeitnehmerentsendegesetz, das Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verstoßen, werden von der Vergabe öffentlicher Aufträge im Landkreis Osnabrück ausgeschlossen.“ erläutert der Juso-Kreisvorsitzende Yannick Moormann den Antrag der Jungsozialist*innen.

Darüber hinaus sollen nach dem Willen der SPD Unternehmen bei der Auftragsvergabe bevorzugt werden, die als Ausbildungsbetriebe fungieren. Ebenso sollen die Kommunen im Landkreis Osnabrück dazu aufgefordert werden, ebenfalls gleichartige Kriterien bei ihren Auftragsvergaben anzuwenden. Dabei soll der Landkreis die Kommunen beraten. „Gute Arbeit bedeutet auch über Arbeitnehmer*innenrechte Bescheid zu wissen“, ergänzt Lager.

Daher soll der Landkreis Osnabrück Informationsbroschüren in verschiedenen Sprachen entwickeln, welche gerade mobile Arbeitnehmer*innen über ihre Rechte aufklärt. Diese Broschüren sollen bei Terminen bei der Maßarbeit oder bei Neuanmeldungen in den Mitgliedskommunen des Landkreises Osnabrück verteilt werden. Der Landkreis bzw. die Maßarbeit vermittelt Arbeitnehmer*innen nicht mehr an Unternehmen, die gegen das Mindestlohngesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das Arbeitnehmerentsendegesetz, das Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verstoßen haben.

SPD für eine Beratungsstelle für Arbeitnehmer*innen

Mangelnden Arbeitsschutz und Dumpinglöhne darf es nicht geben, weder im Landkreis Osnabrück noch in anderen Regionen Niedersachsens. „Doch gerade in diesen Zeiten werden immer mehr Fälle von prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen bekannt, betroffen sind zumeist Wanderarbeiter aus Osteuropa“, so Werner Lager, SPD-Kreisvorsitzender. Viele Arbeitnehmer*innen von ihnen

kennen ihre Rechte nicht, sie kennen keine Tarifverträge, haben auch noch nichts über Arbeitszeitgesetze gehört und wissen nichts über Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.

Daher fordert der Kreisverband Osnabrück-Land, wie zuvor auch der DGB, eine Beratungsstelle für die Region Osnabrück und darüber hinaus ein flächendeckendes Beratungsnetz für das gesamte Bundes-

land. Die Beratungsstellen sollen jeweils Arbeiter*innen über ihre Rechte aufmerksam machen und vor Ort der Ausbeutung von Saisonkräften in erster Linie im Hinblick auf Dumpinglöhne und Arbeitsschutz entgegenwirken. „Gerade auch die Saisonarbeiter*innen in den landwirtschaftlichen Betrieben der Region müssen individuell unterstützt werden“, betont Lager abschließend.





SPD-Kreistagsfraktion setzt sich beim Tagespflegegeld durch

Keine Rückzahlungsverpflichtung für Tagesmütter und -väter

Bereits am 21. April hat sich die SPD/UWG-Gruppe öffentlich gegen eine Rückzahlungsverpflichtung des Tagespflegegeldes ausgesprochen. Nun konnte sich auch die CDU im Kreistag zu diesem Vorschlag durchringen. In der Kreistagssitzung am 18. Mai wurde einstimmig ein ent-

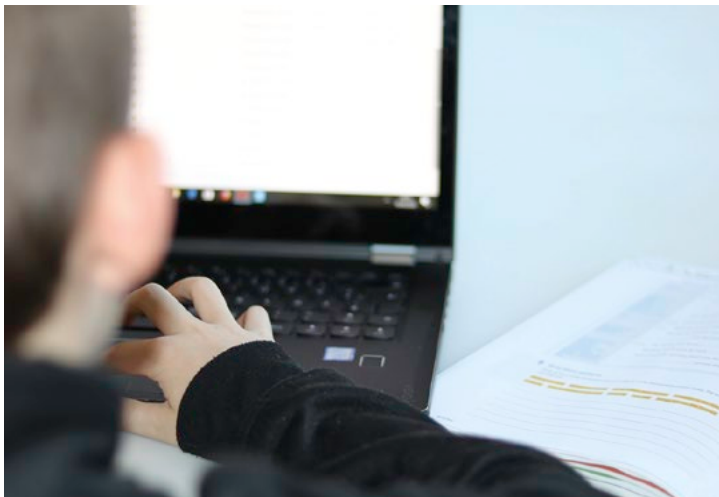
sprechender Beschluss gefasst. „Wir sind froh über diese Einsicht und freuen uns für die Tageseltern, die nicht mehr befürchten müssen, im August einen Rückzahlungsbescheid vom Landkreis zu erhalten“, zeigt sich Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe, erleichtert.



„Lernen zu Hause“ trotz schrittweiser Wiedereröffnung der Schulen

Frank Stiller, Vorsitzender des Bildungsausschusses, und Erwin Schröder, bildungspolitischer Sprecher der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag, begrüßen ausdrücklich die schrittweise Wiedereröffnung der Schulen. „Die Idee, Schulen, Lehrkräfte und Schülerbeförderung durch kleinere Lerngruppen zu entlasten, ist durchaus sinnvoll, erfordert aber weiterhin die Betreuung der zu Hause bleibenden Schülerinnen und Schüler. Normalität ist das eben noch nicht...“, so Frank Stiller. Niemand sollte die Erwartung haben, dass bis zu den Sommerferien wieder regulärer Unterricht stattfindet. Alle Jahrgänge, die nicht oder nicht vollständig in der Schule sind, werden von den Lehrkräften für das „Lernen zu Hause“ mit Aufgaben versorgt. Leider sind Kinder und Jugend-

liche im ländlichen Raum aufgrund der noch nicht flächendeckenden Breitbandversorgung bei der digitalen Aufgabenstellung benachteiligt. „Noch immer gibt es im Landkreis Osnabrück die sogenannten weißen Flecken, also die Gebiete ohne Internetzugang oder unzureichenden Internetempfang. Die Versäumnisse in der Breitbandversorgung werden an dieser Stelle mehr als offensichtlich“, kritisiert Erwin Schröder. Die Planungen des Landkreises Osnabrück sehen vor, dass spätestens im Jahr 2025 aller Haushalte und Wirtschaftsbetriebe mit Glasfaser erschlossen sein werden. Schon in den letzten Wochen haben sich die Schwächen im Netz durch Homeoffice etc. gezeigt. Hier herrscht nach wie vor großer Handlungsbedarf.



SPD-Kreistagsfraktion erwirkt Start einer Teststrategie gegen Covid-19 für Senioren- und Pflegeheime

Die Diskussion um die Notwendigkeit einer Testreihe in Einrichtungen der Alten- und Eingliederungshilfe wurde durch einen gemeinsamen Antrag der SPD/UWG-Gruppe und der FDP/CDW-Gruppe bereits Anfang Mai angestoßen. „Wir freuen uns, dass wir den gesamten Kreistag aufgrund unserer Initiative dazu bewegen konnten, ein noch stärkeres Augenmerk auf die stark vom Corona-Virus betroffenen Einrichtungen zu legen“, zeigt sich Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe, über das einstimmige Votum aller Kreistagsmitglieder erleichtert. Wie der Antrag der beiden Gruppen vorsieht, startet der Landkreis nun damit, in einem ersten Schritt Testungen an Beschäftigten in Einrichtungen durchzuführen, die keine Symptome zeigen. Mit

3.500 Abstrichen wolle man beginnen. Die Kosten belaufen sich dabei auf rund 210.000 Euro, die der Landkreis Osnabrück erst einmal aus dem beschlossenen Verfügungsrahmen „Corona-Management“ finanzieren wird. Allerdings hoffe man auf eine Rückerstattung durch den Bund. Das entsprechende Gesetz sei Mitte Juni zu erwarten.

Aufgrund der verstärkten Ausbreitung des Corona-Virus in Senioren- und Pflegeheimen sei ein derartig „strategisches Testen“ dringend nötig, erläutert Rehme weiter, um Aufschluss darüber zu geben, ob und wie viele Personen infiziert sind, auch wenn diese noch keine Symptome zeigten. Damit werden in erster Linie ältere Menschen und andere Risikogruppen vor dem Virus geschützt.